

Bankenkommission geizt nicht mit Kritik

Jahresbericht der Liechtensteinischen Bankenkommission präsentiert – Personalmangel beklagt – Kontroverse Kritik

Die Spatzen pfeifen es schon seit längerem von den liechtensteinischen Dächern: Das Amt für Finanzdienstleistung (AFDL) respektive die Bankenkommission sind mit ihren jeweiligen Rollen im Land – vorsichtig formuliert – nicht immer vollauf zufrieden. Deshalb setzte es gestern bei der Präsentation des Bankenkommission-Jahresberichts in Vaduz auch heftige Kritik. Zudem erklärte AFDL-Vorstand Roland Müller den Bankenboom – 17 Geldinstitute sind derzeit in Liechtenstein zugelassen – für vorerst beendet.

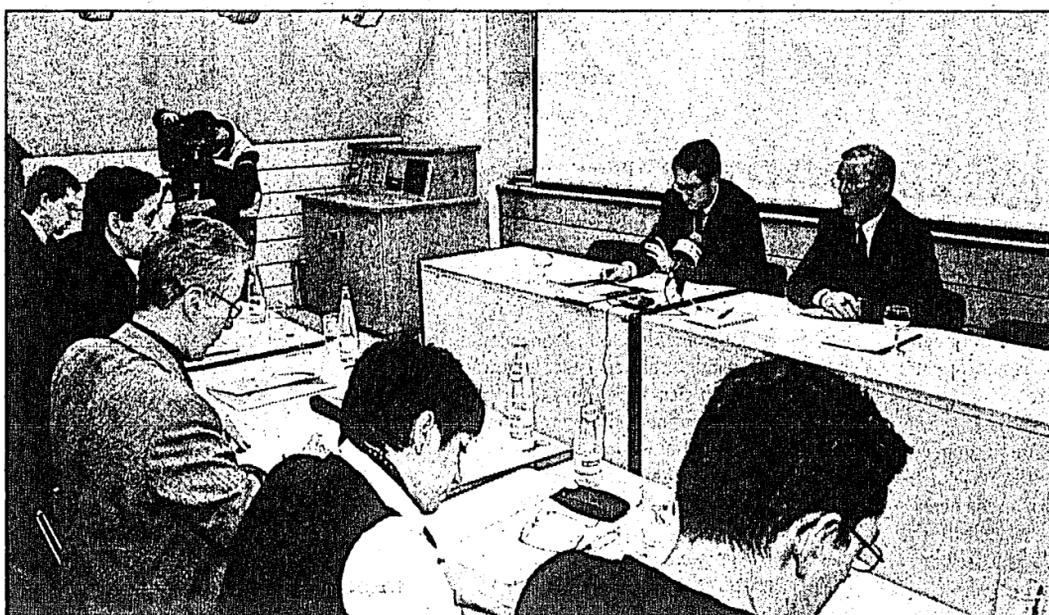
Wolfgang Zechner

Dem Amt für Finanzdienstleistungen sind letztes Jahr neun Fälle von möglichem Missbrauch im Finanzbereich gemeldet worden. Mit fünf davon muss sich die Strafverfolgung befassen.

Das Amt für Finanzdienstleistungen wurde jeweils durch Anfragen, Zeitungsartikel und Ähnliches auf den Plan gerufen, wie dem am Dienstag publizierten Jahresbericht der Liechtensteinischen Bankenkommission zu entnehmen ist.

Auch die berüchtigten «Abacho-Gelder», die die Schweizer Grossbank UBS erneut in die internationalen Schlagzeilen gebracht hatte, kam gestern bei Roland Müllers Ausführungen zur Sprache. Das AFDL ordnete nach Angaben Müllers im Mai 2001 bei den liechtensteinischen Banken eine Suche nach Geldern des nigerianischen Ex-Diktators Sani Abacha und dessen Umfeld an.

Müller wörtlich: «Die Auswertung ist noch nicht zu Ende. Erst dann wird sich zeigen, ob sich die liechtensteinischen Banken richtig verhalten haben,



Im Regierungsgebäude in Vaduz wurde gestern der Jahresbericht der Liechtensteinischen Bankenkommission den Journalisten präsentiert. (Bild: Paul Trummer)

oder nicht.» Der Bankenboom im Fürstentum scheint nach einer bereits im Vorjahr erfolgten Verlangsamung gebrochen. 2001 ging kein einziges Gesuch für eine Bankenbewilligung ein. Die Bankenkommission ortet die Gründe zum einen im Mangel an qualifiziertem Personal und Immobilien. Zum anderen herrsche Unsicherheit in Bezug auf den Erhalt der Standortfaktoren und die Zukunft des Finanzplatzes.

Kritik an positiver Entwicklung?

Stachel im Fleisch, oder doch notwendige Massnahme? Zur Ausgliederung der Agenda Sorgfaltpflicht/Compliance aus dem Amt für Finanzdienstleistungen im Oktober 2001 gibt es verschiedene Meinungen. Folgt man den Ausführungen von Bankenkommission und AFDL, so hatte man we-

gen des «massiven Personalmangels» selbst um die Ausgliederung des heiklen Bereichs «Sorgfalt» gebeten. Bankenkommissions-Präsident Fritz Bühler meinte gestern dazu, dass der Personalmangel zu nicht mehr tolerierbaren Arbeitsbedingungen geführt habe.

Der offiziellen Diktion der Bankenkommission steht aber die Überlegung gegenüber, dass man damals die Sorgfalts-Agenda mit einem international anerkannten Fachmann besetzen wollte, um das «FATF-Ruder» doch noch «herumzureissen». Zur Erinnerung: Im Oktober des Vorjahres wurde die Stabsstelle für Sorgfaltpflichten geschaffen und Daniel Thelesklaf, der Schweizer Geldwäsche-Experte, mit der Leitung betraut. In den «Zitter-Monaten» bis Ende Dezember bewährte sich Thelesklaf – die Kundendatenoffenlegung wurde schlussendlich erfolgreich bewältigt.

Im Lichte dieses Hintergrunds ist vermutlich auch die heftige Kritik zu verstehen, die die Bankenkommission in ihrem Jahresbericht an der Regierung Hasler übte. «Im letzten Quartal des Berichtsjahres musste die Bankenkommission auch zur Kenntnis nehmen, dass das Amt für Finanzdienstleistungen von Seiten der Regierung insbesondere von wichtigen Informationen und Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit dem FATF-Prozess ausgeschlossen wird. Das Amt als zentrale Aufsichtsbehörde auf dem Finanzplatz wurde in keiner Weise in die Vorbereitung und Durchführung des Besuchs der FATF-Delegation vom Januar 2002 miteinbezogen. Weiters wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit der Stabsstelle FIU mit dem Amt für Finanzdienstleistungen nicht optimal ist», heisst es zum Beispiel im Bericht. Zudem geizt der Jahresbericht

auch nicht mit Kritik an den «FATF-Massnahmen» der Regierung Hasler. Massnahmen, die sich ja schlussendlich als richtig erwiesen hatten und die beim FATF-Gipfel in Hongkong ausdrücklich gewürdigt wurden. Wie auch immer, seltsam klingt es schon, wenn im Jahresbericht 2001 Sätze wie die folgenden zu finden sind: «Die FATF hat im Juni 2001 entschieden, Liechtenstein von der Liste der im Kampf gegen die Geldwäscherei nicht kooperierenden Staaten zu streichen, wenn bestimmte Versprechungen eingehalten werden. Ein diesbezügliches Schreiben der Regierung mit weitgehenden Zugeständnissen hat zu grossen Turbulenzen auf dem Finanzplatz geführt. Das Amt für Finanzdienstleistungen geriet dadurch unberechtigt in die Kritik der Finanzintermediäre.»

«Kränkungen» bei Fragen der Finanzmarktaufsicht?

Kleine Unstimmigkeiten gab es übrigens auch in der Frage einer unabhängigen integrierten Finanzmarktaufsicht. Das Amt für Finanzdienstleistungen war von der Regierung beauftragt worden, ein Konzept auszuarbeiten. Ausserdem erteilte die Regierung einer externen Expertengruppe den selben Auftrag. Liest man die betreffende Textpassage im Jahresbericht, könnte man beinahe meinen, dass sowohl das AFDL wie auch die Bankenkommission das als «Affront» ansehen: «Es wurde in der Öffentlichkeit bislang lediglich auf den Expertenbericht verwiesen. Mit Genugtuung stellt die Bankenkommission fest, dass beide Berichte zu den gleichen Empfehlungen kommen.

Insgesamt lässt der Jahresbericht tief blicken. Vor allem die sich widerspiegelnden Befindlichkeiten der Verfasser bieten Raum für Spekulationen. Für Interessenten ist der Jahresbericht übrigens beim Amt für Finanzdienstleistungen, Aeulestrasse 51, 9490 Vaduz, erhältlich. Tel. +423 236 6221.

Wirtschaftliche Sozialhilfe auf neuem Höchststand

Letztes Jahr Ausgaben von knapp 3,9 Mio. Franken – Mietbeiträge führten nicht zur erwarteten Reduktion

Die mutmasslichen Nettoausgaben der wirtschaftlichen Sozialhilfe für das Jahr 2001 belaufen sich auf 3,850 Mio. Franken und erreichen damit einen neuen Höchststand. Die Einführung von Mietbeiträgen für Familien bewirkte nicht die erwartete Reduktion der Kosten auf 3,1 Mio. Franken.

Manfred Öhri

Die Ausgaben der wirtschaftlichen Sozialhilfe für unterstützungsbedürftige Haushalte, die im Lastenausgleich vom Land und von den Gemeinden getragen werden, sind zwischen 1991 und 1999 kontinuierlich von knapp 1 Mio. auf rund 3,7 Mio. Franken angestiegen. Im Jahr 2000 gingen die Nettokosten (Sozialhilfe inkl. Rückerstattungen) leicht auf 3,551 Mio. Franken zurück.

Keine Kostensenkung

Von der Einführung des neuen Gesetzes über die Gewährung von Mietbeiträgen auf den 1. April 2001 versprach man sich allgemein eine deutliche Kostensenkung. «Die Einführung der Mietbeiträge wird die Ausgaben der wirtschaftlichen Sozialhilfe reduzieren. Einige der Bezüger werden



Auch im vergangenen Jahr waren etliche Haushalte auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen. Die Gesamtausgaben stiegen auf 3,850 Mio. Franken an.

wirtschaftliche Sozialhilfe nicht mehr, andere weniger benötigen», prophezeite das Amt für Soziale Dienste bereits in seinem Jahresbericht 2000. Die gleichen Erwartungen hegte auch der Landtag, als er im Herbst 2000 das Gesetz mit 16 Stimmen verabschiedete.

Die Hochrechnungen für das Jahr 2001 ergeben nun allerdings mutmassliche Nettoausgaben bei der wirt-

schaftlichen Sozialhilfe in Höhe von 3,850 Mio. Franken. Die Ausgaben übersteigen somit die budgetierten Erwartungen um rund 750 000 Franken. Die Regierung hat daher beim Landtag einen Nachtragskredit von 375 000 Franken beantragt.

Geringere Mietbeiträge

Zum Zeitpunkt der Budgetierung sei

angenommen worden, heisst es in der Begründung der Budgetabweichung, dass sich aufgrund der Einführung des Gesetzes über die Gewährung von Mietbeiträgen die wirtschaftliche Sozialhilfe um rund 1,1 Mio. Franken reduzieren würde. Tatsächlich sind bis Ende Oktober vergangenen Jahres nur 260 000 Franken Mietbeiträge an Klienten mit wirtschaftlicher Hilfe ausbezahlt worden. Gemäss Hochrechnung wird sich per Ende Jahr ein Betrag von ca. 350 000 Franken – anstelle der ursprünglich erwarteten 1,1 Mio. Franken – ergeben. Dadurch erklärt sich die Budgetabweichung von 750 000 Franken. Mögliche Gründe, weshalb die Ausgaben für Mietbeiträge insgesamt viel geringer ausfielen als budgetiert, werden laut Regierung derzeit vom Amt für Soziale Dienste und vom Amt für Wohnungswesen anhand der Klienten mit wirtschaftlicher Hilfe untersucht.

Weitere Zusatzkredite

Die Sammelvorlage der Regierung, die dem Landtag für die März-Sitzung unterbreitet wurde, beinhaltet noch weitere Zusatzkredite im Sozialbereich, so unter anderem auch bei den Unterhaltsvorschüssen. Nach Darstellung der Regierung sind seit dem Inkraft-Treten des Gesetzes im Jahre

1989 bis Ende 2000 Unterhaltsvorschüsse von 4,417 Mio. Franken aufgelaufen, die im Einzugs- und Exekutionsverfahren nicht eingefordert werden konnten. Im vergangenen Jahr wurden an 104 anspruchsberechtigte Personen Vorschüsse in Höhe von 951 077 Franken ausgerichtet, denen nur Tilgungsraten von 41. Schuldner im Betrag von 227 662 Franken gegenüberstehen. Das Guthaben des Landes hat sich damit im letzten Jahr um 723 415 Franken auf insgesamt 5,141 Mio. Franken erhöht.

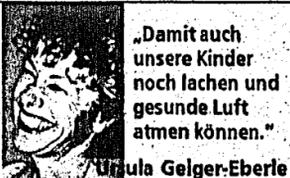
Im Bereich der Arbeitslosenversicherung betragen die geschätzten Auszahlungen für das letzte Jahr 8,490 Mio. Franken. Der voraussichtliche Staatsbeitrag beläuft sich demnach mit 20 Prozent der Auszahlungen auf rund 1,7 Mio. Franken. Im Budget 2001 wurde ein Betrag von 1,5 Mio. Franken berücksichtigt, so dass sich eine Kreditüberschreitung von 200 000 Franken ergibt.

REKLAME

Wir sagen JA zur Verkehrsinitiative

Stimmen auch Sie am 8./10. März mit JA.

Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»



„Damit auch unsere Kinder noch lachen und gesunde Luft atmen können.“

Ursula Gelger-Eberle



„Weil es Leitplanken braucht, die sich am Menschen und seiner Mitwelt orientieren.“

Peter Malin



„Lebensqualität!“

Miriam Marxer

REKLAME

Wolfford
www.wolfford.com

LOV MOBEL
FL 9490 VADUZ TEL. +423/239 29 29
www.lov.a.li